

**Sonderkonferenz
der Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder
sowie Gespräch mit Frau Bundesministerin Stark-Watzinger
und dem Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland
am 19. Oktober 2023 in Berlin**

Beschluss

TOP 3 Berufliche Aus- und Weiterbildung

Mit dem dualen Ausbildungssystem nimmt Deutschland eine Vorreiterrolle in Sachen Berufsausbildung ein. Durch die Verbindung der theoretischen Grundlagen mit der beruflichen Praxis ist die duale Ausbildung von ihrer Einführung bis heute Vorbild für viele Länder. Seit einigen Jahren wenden sich junge Menschen jedoch immer stärker akademischen Ausbildungswegen zu, was ein Grund für den wachsenden Fachkräftemangel, insbesondere in klassischen Handwerksberufen, in Deutschland ist.

Neben der beruflichen Ausbildung bietet die berufliche Weiterbildung Potentiale zur Fachkräftegewinnung und -sicherung. Gerade dort, wo Berufsbilder sich wandeln, digitaler und perspektivisch durch KI unterstützt werden, muss vorgesorgt werden, dass Menschen den Anschluss nicht verlieren.

1. Bei der Fachkräftekonferenz Ostdeutschland am 27. Februar 2023 haben die Regierungschefinnen und Regierungschefs unter anderem vereinbart, ein „Sofortprogramm Berufliche Schulen Ost“ gefördert von Bund und Ländern auflegen zu wollen, und die für berufliche Ausbildung zuständigen Ressorts der ostdeutschen Länder gebeten, zur Umsetzung des Beschlusses in einen fachlichen Austausch zu treten und der MPK-Ost spätestens bis zu ihrer Regionalkonferenz 2024 über das Ergebnis ihrer Beratungen zu berichten. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder bitten die Bundesministerin für Bildung und Forschung, dieses Programm zu unterstützen.
2. Der Bund hat in der Fachkräftekonferenz Ostdeutschland informiert, dass die Nationale Weiterbildungsstrategie in gemeinsamer Federführung von BMAS und BMBF das Ziel habe, die Weiterbildungsbeteiligung zu erhöhen und die Weiterbildungskultur in Deutschland zu stärken. Um bei der beruflichen Weiterbildung auch Innovationen verstärkt zu fördern, schlagen die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder vor, den Innovationswettbewerb INVITE zu verstetigen und um neue Themenschwerpunkte zu erweitern.
3. Der Wandel von Berufsbildern aber auch die Attraktivität der beruflichen Aus- und Weiterbildung für junge Menschen erfordern eine zeitgemäße Ausstattung der Aus- und Weiterbildungsstätten. Mit dem Digitalpakt Schule wurden erste Impulse gesetzt, um die technische Ausstattung von Schulen und damit die Rahmenbedingungen für die schulische Bildung insgesamt zu verbessern. Diese Ansätze müssen durch einen Digitalpakt Schule 2.0 verstetigt werden. Eine vergleichbare Förderung auch für Einrichtungen der beruflichen Aus- und Weiterbildung sowie der Erwachsenenbildung ist aus Sicht der Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder angezeigt.